

Attraktives Modell für die Zukunft oder eher eine Schnapsidee?

Freie Schulwahl: Die Liberalisierung des Bildungssystems wäre für Liechtenstein ein Novum. Bei der Umsetzung lauern aber einige Stolpersteine.

In Liechtenstein ist es so sicher wie das Amen in der Kirche: Kinder und Jugendliche gehen dort zur Schule, wo sie wohnen. Auf der weiterführenden Stufe besuchen sie diejenige Schule, die ihrem Wohnort am nächsten liegt. Kurz gesagt: Eine freie Schulwahl existiert nicht. Die zu besuchende Bildungsinstitution ist vorgeschrieben. So steht es im Gesetz.

Diese bisher in Stein gemeisselte Vorschrift sollte gebrochen werden, findet der Think Tank Zukunft.li. In einer neuen Studie plädiert er für Reformen des liechtensteinischen Bildungssystems – und in diesem Zuge auch für eine freie Schulwahl. Während diese in anderen Ländern schon existiert, wäre eine solche Liberalisierung fürs Land ein absolutes Novum.

Eltern und Schüler könnten «bestes Angebot» wählen

Die in der Studie beschriebene Empfehlung wäre der zweite Schritt einer umfassenden Reform des liechtensteiner Schulsystems. Vorgängig sollte laut Zukunft.li die Schulautonomie gestärkt werden – sprich, der



Eine freie Schulwahl klingt auf den ersten Blick gut, kann aber auch Nachteile mit sich bringen. Bild: Keystone

Staat solle den einzelnen Institutionen punkto Finanzen, Personalrekrutierung, Profilbildung oder pädagogischem Konzept mehr Freiheit lassen. Erst nachdem eine «grössere Schulvielfalt» entstanden sei, solle die

freie Schulwahl eingeführt werden. «Mehr Wettbewerb erhöht den Anreiz für Schulen, das Angebot stetig zu verbessern», heisst es in der Studie. Ausserdem könnten Eltern bzw. Kinder und Jugendliche das Angebot

wählen, das am besten zu ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten passe. Das klingt erst einmal positiv – doch eine freie Schulwahl muss in der Praxis gut durchdacht werden, gibt Zukunft.li zu bedenken. So spiele die Ausge-

staltung der Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle – ausserdem müssten im Vorfeld der Einführung viele Fragen geklärt werden: Soll die freie Schulwahl nur für staatliche Schulen gelten? Wer übernimmt die Kosten? Wie werden die Schulen beaufsichtigt? Und nicht zuletzt: Wer organisiert und bezahlt den Schülertransport?

Der Schulweg ist oft ein entscheidendes Kriterium

Gerade die letzte Frage dürfte in Liechtenstein ins Gewicht fallen. Sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch ihre Eltern sind sich an kurze Schulwege gewohnt – längere Fahrten dürften für viele gegen eine Schule ausserhalb des gewohnten Bezirks sprechen.

Das gilt vor allem für die Primarschule: Auf dieser Stufe wären auch bei freier Schulwahl wenige Wechsel zu erwarten, heisst es in der Studie. Anders auf Sekundarstufe I: Dort könne durchaus «ein gewisser Wettbewerb zwischen den Schulstandorten entstehen» und sich so die «Qualität des

Gesamtsystems» anheben. Trotzdem stellt sich die Frage: Bringt eine freie Schulwahl mehr Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit? Obwohl das Modell in zahlreichen Ländern schon gelebt wird – etwa in Dänemark, Schweden oder England –, ist eine Beantwortung dieser Frage komplex. Neben mehr Wettbewerb und Freiheit nennt die Studie auch das Gerechtigkeitsargument: Es besagt, dass bei freier Schulwahl alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben – und Kinder aus benachteiligten Umfeldern hätten die Möglichkeit, «ihrem Milieu zu entfliehen».

Auf der anderen Seite könnten Fehlanreize entstehen, wie etwa das Beispiel Schweden zeigt. Die OECD kritisiert, dass dort die freie Schulwahl die Segregation fördere. In segregierten Schulen ist der Anteil von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung besonders hoch. Das Ziel von mehr Chancengerechtigkeit würde somit verfehlt.

Valeska Blank